

# Personalrätekonferenz in Saarbrücken

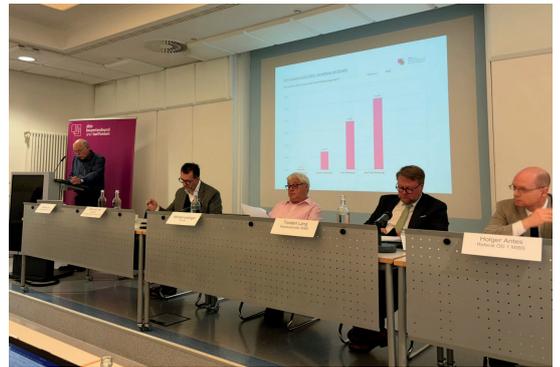
**BESCHÄFTIGTE und BEAMTE im Saarland sind unzufrieden!  
dbb fordert von der Politik Konsequenzen!**

**INNENMINISTER REINHOLD JOST (SPD) stellt sich PERSONALRÄTEN**

Rund 60 Personalräte und Interessenvertreter aus dem saarländischen Landesdienst haben sich am 16. September 2024 in Saarbrücken zu einer Personalrätekonferenz versammelt. Im Beisein von Innenminister Reinhold Jost (SPD) und Innenstaatssekretär Torsten Lang (SPD) standen aktuelle Themen auf der Tagesordnung: Bekanntmachung und Analyse zur Online-Kurzbefragung des dbb „Stimmungsbarometer 2024 in den Landesverwaltungen und Schulen“, ein Impulsvortrag des Ministers zur geplanten Verwaltungsmodernisierung (Bürokratieabbau, Digitalisierung, Liegenschaftsmanagement, Fachkräftesicherung), Stand Gesetzesentwurf Novellierung SPersVG und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Personalratswahlen 2025 sowie die künftige Arbeit der Personalvertretungen.

## Stimmungsbarometer in den Verwaltungen und Schulen

In den saarländischen Landesverwaltungen und Schulen herrscht große Unzufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen, sagte Landeschef Ewald Linn in Richtung Innenminister Reinhold Jost. Das ist das Ergebnis einer anonymen Online-Kurzbefragung des dbb saar vor den Sommerferien, an der sich rund 3.000 Beschäftigte sowie Beamtinnen und Beamte beteiligten haben. Über 85 Prozent nehmen ihre aktuelle Arbeitsbelastung als hoch oder sogar als sehr hoch wahr. Auch sind 72 Prozent mit dem Stand der Digitalisierung in ihrem Bereich weniger oder gar nicht zufrieden.



Podium: E. Linn (dbb), Minister R. Jost, M. Leidinger (dbb), StS T. Lang, H. Antes MIBS/ÖD1

Und 83 Prozent sind mit der Wertschätzung durch ihren Dienstherrn weniger oder gar nicht zufrieden. Hinzu kommt, dass 74 Prozent nicht mit der aktuellen Bezahlung zufrieden sind und 67 Prozent wissen aktuell nicht, ob sie sich für ihren Beruf nochmals entscheiden würden. Im Ergebnis bleibt festzuhalten, Fachkräftemangel, demografischer Wandel, Digitalisierung von Verwaltungsvorgängen und Bürgerdiensten bleiben Herausforderungen, für die die Politik, Dienst- und Arbeitgebende bislang unzureichende Lösungen liefern, kritisierte Ewald Linn. Zudem hätte der Personalabbau als Teil der Umsetzung der Schuldenbremse in den zurückliegenden Jahren dazu geführt, dass der öffentliche Dienst im Saarland „auf Kante genäht“ ist. So strapaziert die steigende Arbeitsbelastung (u.a. im Saarland seit 2013 durch den Abbau von ca. 1.800 Stellen), die schleppende IT-Unterstützung und die abgehängte Bezahlung weiter den Berufsalltag der Beschäftigten und Beamten. Erschwerend komme hinzu, dass in den nächsten 10 Jahren rund 27 Prozent des Personals durch Ruhestand und Verrentung ausscheiden, wodurch eine zusätzliche Personallücke entstehe. Auch gehören Hilferufe der Mitarbeitenden und Dienstherrn aus fast allen Bereichen in den Landesverwaltungen und Brandbriefe von Schulen zur Tagesrealität und werden so auch verstärkt in der Öffentlichkeit wahrgenommen. Leider ist nicht erkennbar, dass sich diese Situation in absehbarer Zeit zum Positiven verändern wird, stellten die Interessenvertreter fest.

dbb aktuell

dbb  
beamtenbund  
und tarifunion  
saar

Herausgeber:  
Ewald Linn  
Landesvorsitzender dbb  
Landesbund Saarland  
Hohenzollernstraße 41  
66117 Saarbrücken  
Tel.: 0681/51 70 8

post@dbb-saar.de  
www.dbb-saar.de

Mitglied werden:



## dbb saar fordert von der Politik Konsequenzen

Bei den lebhaften Diskussionen, denen sich Innenminister Reinhold Jost (SPD) stellte, gab es Übereinstimmung, dass die fortschreitende Digitalisierung, die Transformation unserer Arbeitswelt und der demografische Wandel das Gesicht des Öffentlichen Dienstes rasant verändern werden. Der dbb saar und seine Interessenvertreter fordern deshalb von der Landesregierung, sich ohne weitere Experimente zukunftsorientiert um die Weiterentwicklung eines starken und leistungsfähigen Öffentlichen Dienstes zu kümmern, um den großen Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft gerecht zu werden. Dabei steht für die Interessenvertreter fest, dass sich die Fehler der letzten 14 Jahre u.a. durch die konsequente Einhaltung der Schuldenbremse mit starker Personalkostenreduzierung nicht wiederholen dürfen. Der dbb saar fordert die Politik auf, die Schuldenbremse zu flexibilisieren, damit der Staat seine Daseinsvorsorge erfüllen kann, ohne dass das vorhandene Personal dauerhaft überbelastet wird.

### Forderungen des dbb saar, seiner Fachgewerkschaften und Interessenvertreter:

- Stärkung der Daseinsvorsorge und Prüfung eines strukturellen Personalmangels
- Aufgabenanalyse als Daueraufgabe
- Keine zusätzlichen Aufgaben ohne zusätzliches Personal
- Masterplan für Fachkräfte- und Nachwuchsgewinnung
- Beschleunigung einer flächendeckenden Digitalisierung in den Verwaltungen und Schulen
- Modernes Personalvertretungsgesetz (derzeit im Gesetzgebungsverfahren)
- Darüber hinaus erwarten die Beamtinnen und Beamten eine amtsangemessene Alimentation, die der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) und nicht der Haushaltslage des Landes entspricht.



Innenminister Reinhold Jost (SPD) sagte zu dem Umfrageergebnis des Stimmungsbarometers 2024: „Die Arbeitsbelastung unserer Bediensteten in den Verwaltungen ist unstrittig hoch. Das wissen wir und das Stimmungsbarometer unterstreicht dies. Deshalb sorgen wir im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten dafür, u.a. durch Personalnachführungen und auch durch den Ausbau der Digitalisierung in den Verwaltungen, für Entlastung zu sorgen. Auch auf die Fachkräftegewinnung legen wir ein besonderes Augenmerk.“



In seinem Impulsvortrag zur geplanten Verwaltungsmodernisierung machte Minister Jost folgende Aussage: „Mit der Regierungsklausur zur Verwaltungsmodernisierung haben wir wegweisende Impulse gesetzt, um den öffentlichen Dienst im Saarland zukunftssicher zu machen. Wichtige Projekte wurden angestoßen und sind bereits in der Umsetzung. Nicht zuletzt das Stimmungsbarometer des dbb zeigt, dass wir die richtigen Themen auf unserer Agenda haben.“



## Geschafft: Modernes Personalvertretungsgesetz stärkt Personalräte

Mit der Einbringung des Gesetzesentwurfs für ein modernes Saarländisches Personalvertretungsgesetz (SPersVG) in den Landtag ist eine langjährige Forderung des dbb saar umgesetzt. Der dbb saar hat in dem mehrjährigen Gestaltungsprozess fast alle seine Forderungen durchsetzen können, verkündete dbb-Landeschef Ewald Linn mit Zufriedenheit vor den Interessenvertretern. Denn das aus dem Jahre 1973 stammende Saarländische Personalvertretungsgesetz war schon lange nicht mehr zeitgemäß und deshalb ungeeignet die Arbeitsprozesse der Personalvertretungen und Arbeitgeber/Dienstherren sowie die personalvertretungsrechtlichen Beteiligungen weiterzuentwickeln. Die massiven Änderungen in der Arbeitswelt, die stetig fortschreitende Arbeitsverdichtung, der demografische Wandel und nicht zuletzt die Digitalisierung haben deshalb eine umfassende Novellierung des Personalvertretungsrechts erforderlich gemacht. Der dbb saar, der wie die übrigen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in den Novellierungsprozess von Anfang an mit eingebunden war, appelliert nunmehr an den Landesgesetzgeber, das neue und moderne Personalvertretungsrecht bis zur Landtagssitzung am 13. November 2024 zu beraten und zu verabschieden, damit die anstehenden Personalratswahlen von März bis Mai 2025 nach dem neuen Recht und den neuen Wahlvorschriften durchgeführt werden können. Zudem sollen die neu gewählten Personalräte bei den großen Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft geeignete Instrumente erhalten, damit sie auf Augenhöhe mit den Arbeitgebern/Dienstherren ihren gesetzlichen Auftrag zur Interessenwahrnehmung im Sinne der Beschäftigten erfüllen können.

Minister Reinhold Jost bewertete die Novellierung des SPersVG wie folgt: „Mit dem neuen Gesetz wird ein modernes und mitarbeiterorientiertes Personalvertretungsrecht im Saarland geschaffen, das die Mitbestimmung stärkt und den Personalvertretungen die richtigen Instrumente für die künftige Personalratsarbeit an die Hand gibt.“

